

Bildungsbiografie begünstigen und – das sage ich auch sehr deutlich – den derzeitigen Bildungsverläufen entgegenwirken.

Wir sehen es immer wieder beim IQB-Bildungstrend: Die Kinder werden schwächer. 20 % der Kinder können in der 4. Klasse noch nicht richtig lesen. Jetzt ziehe ich gerne einen wichtigen Slogan aus der Schublade: Natürlich beginnt Bildung in der Kita. Wichtige Vorläuferfähigkeiten zum Lesen lernen die Kinder schon im fünften und sechsten Lebensjahr.

Die SPD-Fraktion steht für Chancengleichheit und Respekt – Respekt den Eltern, den Kindern und auch den Berufsgruppen gegenüber, die jeden Tag dafür arbeiten, dass die Kinder eine gute Zukunft haben.

Wir fordern daher, dass Diagnostik und Therapien von Entwicklungsstörungen – ich sage bewusst: die sind nicht immer sofort sichtbar – in interprofessionellen Teams zum Beispiel auch im Schulalltag, im Offenen Ganztage wirklich umsetzbar sind.

(Beifall von der SPD)

Dafür müssen wir auch an die Qualität der Berufsausbildung heran; Sie sprachen es gerade an. Wir müssen uns darum kümmern, dass therapeutische Berufe sichere Rahmenbedingungen nach internationalen Standards haben, um evidenzbasiertes Handeln in der Praxis umsetzen zu können.

Wir haben zum Beispiel die Hochschule für Gesundheit, ein Leuchtturm in NRW. Es ist wichtig, dass wir dafür ein neues Berufsgesetz für Therapieberufe haben – genauso wie bei den Hebammen; da sehen wir ja die positive Entwicklung.

Entwicklungsstörungen entwickeln sich, wie der Name schon sagt, über einen gewissen Zeitraum. Wir haben gute stichprobenartige Untersuchungen wie zum Beispiel die U-Untersuchung. Es ist wichtig, dass es zu einem Austausch zwischen Bildungs- und Gesundheitswesen kommt.

Das geht zum Beispiel über die Zusammenarbeit der Ressourcen: Wenn Erzieherinnen jahrelang Entwicklungsdokumentationen von Kindern machen und dabei Ressourcen, aber auch Defizite dokumentieren, das aber niemanden im Gesundheitswesen interessiert, verschleudern wir Kompetenzen.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das läuft hier falsch. Genau deshalb nennen wir unseren Antrag bewusst „Masterplan“, den wir hier politisch diskutieren müssen, damit das draußen in der Praxis auch umsetzbar ist. Wir stehen dafür und brauchen Wertschätzung der Kompetenzen aller Berufsgruppen, die ich vorhin aufgezählt habe. Gesundheits- und Bildungswesen müssen zusammenarbeiten – Case Management ist ein wichtiges Stichwort –, ähnlich wie in der Frühförderung.

Die Frühförderung ist ein gutes Konzept für komplexe Entwicklungsstörungen, um im Alltagssetting in der Kita oder auch im häuslichen Umfeld Therapien zielgerichtet anzuwenden. Warum endet denn dieses Konzept mit Eintritt in die Schule? Dann ist die Entwicklungsstörung doch nicht weg. Die Kinder und auch die Eltern brauchen weiterhin gute Begleitung.

(Beifall von der SPD)

Wir haben jetzt die Chance, mit dem Masterplan genau diese Verzahnung zu erreichen und die Zusammenarbeit der Ressourcen – ich sage es noch einmal – interprofessionell zu gestalten.

Ich möchte gerne mit einem Sprichwort enden: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. – Stimmt das wirklich? Als Logopädin kann ich sagen: Frühzeitige Diagnostik und Therapien machen es Hans deutlich leichter. Dieses Ergebnis möchte ich gerne bei den zukünftigen IQB-Bildungstrends für NRW sehen.

Ich freue mich auf die weitere Beratung. Wir sind gegenüber den Stellungnahmen der Sachverständigen sehr offen. Ich freue mich im Sinne der Kindergesundheit, dass wir zusammen an einem Strang ziehen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht die Abgeordnete Frau Thoms.

Meral Thoms (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen hier in NRW und in Deutschland liegt uns allen am Herzen; das hat die bisherige Debatte schon gezeigt. Wir haben mit Sorge auf die Situation in den Kinderkliniken und Kinderarztpraxen vor allem zwischen den Jahren geschaut, aber wir tun auch schon einiges; das haben Minister Laumann und Katharina Gebauer schon ausgeführt. Wir fangen bei der Kindergesundheit nicht bei null an.

Ich will die Maßnahmen, die Sie eben schon gehört haben, nicht alle wiederholen. Klar ist, dass wir uns langfristig um den Personalmangel in der Kinder- und Jugendmedizin kümmern und die Benachteiligung der Kinderkliniken im Vergütungssystem beheben müssen. Die Bundesregierung hat dafür in den kommenden zwei Jahren ein Förderprogramm für Kinderkliniken von insgesamt 600 Millionen Euro auf den Weg gebracht; es gibt also auch Rückenwind vom Bund. Zudem begrüßen wir die guten Überlegungen auf Bundesebene, die vorhalteintensiven Bereiche der Kinderkliniken stärker aus dem Fallpauschalensystem herauszunehmen.

Das Thema „Kindergesundheit“ sollte uns aber nicht erst dann interessieren, wenn es brennt, die Versorgungslage angespannt ist und Kinder sowie besorgte Eltern verzweifelt auf der Suche sind nach einer Klinik bzw. nach einem Arzt, der erreichbar ist. Wir müssen viel früher anfangen, denn Gesundheit ist viel mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Das ist ein Punkt, der mir in der Debatte bislang viel zu wenig vorkommt.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Was hat Kollegin Gosewinkel denn gerade gesagt? – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE] – Jochen Ott [SPD]: Leider ist das so!)

Langfristig brauchen wir den klaren Fokus auf Prävention und auch die Förderung eines gesunden Lebensstils. Kinder und Jugendliche müssen lernen und erleben, wie gesund und wohltuend viel Bewegung

(Zurufe)

– das Thema scheint Sie jetzt doch nicht zu interessieren –, eine gesunde Ernährung und eine richtige Strategie für Entspannung und psychisches Wohlbefinden sind. Gesundheitliche Bildung muss Teil des Aufwachsens werden. Wenn wir das fördern wollen, müssen wir auch die Vielfalt der sich verändernden und immer bunter werdenden Gesellschaft im Blick haben, die Perspektive der Kinder ernst nehmen und auch Eltern empowern, ihnen und den Kindern das richtige Werkzeug für ein langes gesundes Leben mitzugeben.

Prävention muss zudem einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass wir von der großen gesundheitlichen Ungleichheit wegkommen, die wir immer erleben, denn Gesundheit hat sehr viel mit dem sozioökonomischen Status zu tun. Hier ist die Förderung von Prävention für alle ein ganz wichtiger Hebel. Der Start in ein langes gesundes Leben darf nicht von der Herkunft, vom Geldbeutel der Eltern oder vielleicht von der Postleitzahl der Schule abhängen.

(Zuruf von der SPD: Das ist ein guter Spruch!)

Wir haben uns im Koalitionsvertrag viel vorgenommen und sind auch schon auf dem Weg dahin. Wir haben einiges auf den Weg gebracht; das haben wir heute schon ausführlich gehört.

(Beifall von Matthias Kerkhoff [CDU])

Ich will noch ein paar Punkte erwähnen. In unserem Antrag für eine ganzheitliche Ernährungsstrategie, über den wir heute Nachmittag debattieren, fordern wir eine gesunde und nachhaltige Verpflegung in unseren Kantinen und wollen das Wissen von Kindern und Jugendlichen über eine gesunde Ernährung verbessern.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Im Eckpunktepapier zum neuen Kinder- und Jugendförderplan schlagen wir einen neuen Schwerpunkt „Gesundheit, Resilienz und Bewegungsförderung“ vor. Hier wollen wir genau solche Angebote fördern, die der gezielten Gesundheits- und Bewegungsförderung dienen, um den negativen Auswirkungen der Coronapandemie auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken.

Schließlich verstetigen wir die wichtigen Lotsendienste der Frühen Hilfen, um möglichst viele Familien frühzeitig zu unterstützen. Darüber hinaus brauchen wir eine bessere Vernetzung der vielen bestehenden guten Angebote und vor allem eine übergreifende Strategie, die Prävention zu stärken. Daran krankt im Übrigen auch Ihr Antrag, liebe SPD,

(Widerspruch von der SPD)

dieses Sammelsurium von losen Einzelmaßnahmen, auf 16 Seiten aneinandergereiht und ohne Anspruch auf Vollständigkeit; das haben Sie eben selbst gesagt.

(Beifall von den GRÜNEN – Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Das ist arrogant!)

Das ist vielleicht das Ergebnis einer lockeren Brainstormingrunde. Wir finden auch viele teilweise sehr gute Einzelmaßnahmen, die uns aber etwas verloren zurücklassen. Ich greife nur einen Punkt heraus: Sie schreiben, der Sportunterricht müsse darauf ausgerichtet sein, dass Kinder und Jugendliche sich bewegen. Ich glaube, das würden wir alle unterstreichen: Ja, im Sportunterricht müssen sich Kinder und Jugendliche bewegen. Aber, so what?

(Jochen Ott [SPD]: Daran sieht man, dass Sie keine Ahnung von dem Thema haben! – Zurufe von den GRÜNEN: Oh! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Vorsicht, mein Freund! – Norwich Rüße [GRÜNE]: Das ist nicht normal! – Jochen Ott [SPD]: Es ist nicht normal, wie ihr euch verhaltet! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist eine Unverschämtheit, wie der Kollege hier unterwegs ist! – Glocke)

– Vielen Dank, Herr Präsident. – Was uns in Ihrem Antrag fehlt, ist ein klares Konzept, ist eine Strategie. Das ist nicht erkennbar. Was wir in NRW hingegen brauchen, ist eine Präventionsoffensive aus einem Guss.

Das bessere Hinschauen beim Thema „Prävention“ – ich glaube, da sind wir uns alle einig – ist der erfreuliche Punkt, den diese Debatte gezeigt hat. Deswegen freuen wir uns auf den weiteren Austausch im Ausschuss und werden natürlich der Überweisung zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die SPD hat nun der Abgeordnete Herr Ott das Wort.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Jetzt kommt eine Vorlesung!)

Jochen Ott (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich bin Frau Thoms dankbar, denn Ihre Rede hat sich deutlich von dem unterschieden, was wir am Anfang von Frau Woestmann gehört haben. Danach musste man klar sagen, dass die FDP 2023 deutlich sozialer aufgetreten ist, als es die Grünen hier heute getan haben.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte darauf eingehen, was der Sinn und Zweck dieses Antrags ist, den Sie offenbar nicht verstanden haben; das sieht man auch an der Befassung der Ministerien.

(Widerspruch von der CDU)

Es geht darum, in unserem Land endlich ressortübergreifend zu denken. Frau Thoms hat zu Recht darauf hingewiesen, dass diese ressortübergreifende Arbeit das Entscheidende ist. Die Schulministerin hat es gar nicht nötig, hier zu sein; darüber wird gar nicht gesprochen. Wir sprechen von 20 % der Kinder, die als arm gelten, 20 bis 30 % der Kinder, die in der Grundschule nicht rechnen, lesen und schreiben können, über 30 % der Kinder, die seelisch belastet sind, 20 % der Kinder, die am Ende des 15. Lebensjahrs nicht ausbildungsreif sind. Wir reden über Wortschatzschwierigkeiten, Übergewichtsschwierigkeiten, Beweglichkeitsschwierigkeiten, Koordinationschwierigkeiten, die uns in einer Studie nach der anderen von Medizinerinnen, Soziologen und Pädagogen vorgelegt werden. Das ist die Ausgangslage.

Wir befinden uns in einer Bildungskatastrophe! Dieses Problem zu lösen, geht nicht, indem hier jedes Ministerium seinen Plan abspielt. Das geht nur, wenn man die Ressourcen bündelt, wenn man zusammenarbeitet und endlich weggeht vom Ressortprinzip zu einem interprofessionellen Ansatz.

(Beifall von der SPD)

Deshalb werden wir mit den Experten in unserem Land dieses Thema diskutieren. Wir werden ihnen bei der Anhörung den Raum geben, das zu tun, und zwar ausschussübergreifend. Unser zentraler Ansatz ist, das System der Bildungslotsen von der Geburt an und das System der Familienzentren auszuweiten, um insgesamt das System für alle besser zu machen.

Es kann nur ein Witz sein, dass bei einem Anteil von 41,7 % der Kinder in Gelsenkirchen, die armutsbetroffen sind – in vielen Ruhrgebietsstädten und im Kölner Osten sind es 30 % –, eine grüne Jugendpolitikerin sagt, wir würden die Eltern bevormunden. Es

ist die Aufgabe des Landes Nordrhein-Westfalen, Chancengleichheit für die Kinder in unserem Land zu gewährleisten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/2552 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen diesen Beschlussvorschlag? – Möchte sich jemand enthalten? – Da beides nicht der Fall ist, darf ich feststellen, dass die **Überweisungsempfehlung** damit einstimmig **angenommen** ist.

Ich rufe auf:

3 Fachkräftemangel in den Kindertageseinrichtungen mit einer Fachkräfteoffensive begegnen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2546

In Verbindung mit:

Fachkräftemangel im Allgemeinen Sozialen Dienst und der Jugendhilfe mit einer Fachkräfteoffensive begegnen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2547

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU spricht als Erstes ihr Abgeordneter Kamieth.

Jens Kamieth^{*)} (CDU): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Zukunftskoalition von CDU und Grünen ist klar, dass frühkindliche Bildung einen ganz wesentlichen Beitrag für einen guten Start in das Leben und eine erfolgreiche Bildungsbiographie leistet.

Pädagogische Fachkräfte sind der Schlüssel zur Qualität in der frühkindlichen Bildung. Es sind die Erzieherinnen und Erzieher, die Mitarbeitenden in der Jugendhilfe, die pädagogische Konzepte mit Leben erfüllen. Sie übersetzen durch ihre Arbeit an und mit